

Mitteilungsvorlage

Soziale Stadt - Sachbericht Stadteilarbeit Rosenhügel

Beratungsfolge

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen	05.06.2012	Kenntnisnahme
1	Seniorenbeirat	24.05.2012	Kenntnisnahme
1	Bezirksvertretung 2 - Süd	30.05.2012	Kenntnisnahme
1	Integrationsausschuss	12.06.2012	Kenntnisnahme
1	Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen	19.06.2012	Kenntnisnahme

Öffentlichkeit

Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Beteiligte Stellen

Finanzielle Folgen und Auswirkungen

Voraussichtlicher Aufwand und voraussichtliche Auszahlungen im laufenden Jahr und in Folgejahren

keine

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Ergebnis- und Finanzplan enthalten
entfällt

Produkt(e)

01.20.01 Fachdezernat 2.00 Bildung, Jugend, Soziales, Gesundheit und Sport

Mitteilung der Verwaltung

Die Förderung aus dem Programm „Soziale Stadt“ läuft zum 31.12.2012 aus. Eine Anschlussfinanzierung existiert nicht, so dass die Existenz des Stadtteilbüros in der Stephanstr. 2 ab dem 01.01.2012 gefährdet ist. Auch die derzeit noch stattfindenden Aktivitäten können dann nicht mehr gefördert werden.

Gründe für die Förderung im Stadtteil waren vor allen Dingen folgende Umstände:

- schlechter Zustand vieler Wohnungen, insbesondere aus der Zeit des Wiederaufbaus
- zunehmender Wohnungsleerstand
- mangelnde Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum durch zu wenige bzw. unattraktive Grün- und Freiflächen
- fehlende Freizeit- und Betreuungsinfrastruktur für Kinder und Jugendliche
- Tendenz zur Segregation
- fehlende Kommunikationsmöglichkeiten im Stadtteil

Die Stadt Remscheid hat durch ihre Initiative den Aufwertungsprozess in Rosenhügel angestoßen. Dabei setzte insbesondere die Einrichtung des Stadtteilmanagements vor Ort ein wichtiges Signal für die Bürgerinnen und Bürger. Die mangelhafte Kommunikation im Stadtteil konnte durch die verschiedenen Aktionen wesentlich verbessert werden. Darüber hinaus wurde der Stadtteil durch Berichte über das aktive Geschehen und geplante Veränderungen auch von außen positiver wahrgenommen.

Als Meilenstein auf dem Wege zur Verstetigung der begonnenen positiven Entwicklungen im Stadtteil stellt sich die Gründung des Bürgervereins Rosenhügel im Jahr 2009 dar. Mit der Gründung des Vereins haben die Bewohner des Stadtteils eine solide Basis für ein starkes bürgerschaftliches Engagement auch über das voraussichtliche Ende des Förderzeitraums im Jahr 2012 hinaus geschaffen.

Die Mitglieder des Bürgervereins versuchen mit großem Engagement, Spenden zu erhalten, um auch in Zukunft Aktivitäten zu finanzieren und das Stadtteilbüro halten zu können. Das Stadtteilbüro ist auf unbestimmte Zeit angemietet worden. Die Kündigungsfrist richtet sich nach § 573c Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB). Danach ist die Kündigung spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf des übernächsten Monats zulässig.

Mit Hilfe der beigefügten Präsentation soll über die Stadtteilarbeit berichtet werden. Ziel ist es, eine Diskussion darüber anzustoßen, wie die Stadtteilarbeit im Rosenhügel auch ohne Fördermittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ verstetigt werden kann.

Wilding
Oberbürgermeisterin

Anlage(n)

2012_03_Präsentation_Rosenhügel